

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Zentraldruck: Dönhoff 202 - 205
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Dornberg-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Zentraldruck: Dönhoff 2000-2007

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Stürmische Kammerdebatte in Paris.

Der nationale Block will nicht, daß in der Kammer über die Ruhraktion geredet wird. Nur mit Mühe ist es den Sozialisten gelungen, eine Debatte herbeizuführen, die von der Mehrheit nach Möglichkeit beschränkt und dann bis zum 11. Mai vertagt wurde.

Der französische Ministerpräsident leugnete selbstverständlich jede Absicht, deutsches Gebiet zu annektieren. Solche Ablehnungen können aber in Deutschland keinen Eindruck machen, solange französische Truppen weiter deutsche Gebiete besetzt halten und nicht nur keine Anstalten treffen, um aus ihnen wieder herauszugehen, sondern vielmehr ihren Machtbereich noch erweitern, wie das eben durch die Besetzung von Mannheim geschehen ist.

Im übrigen gewinnt die Regierungserklärung in der Kammer an Bedeutung durch die Äußerungen, die Herr Poincaré am selben Tage gegenüber einer Abordnung der englischen Arbeiterpartei getan hat. Danach ist Frankreich bereit, an den Verhandlungen, die mit Deutschland zu führen sind, England teilnehmen zu lassen. Daraus wäre zu schließen, daß es für Deutschland möglich ist, nicht nur sein Verhandlungsangebot an alle Ententestaaten gleichzeitig zu richten, sondern mit ihnen allen zusammen über die Regelung der Reparationsfrage und über die Beendigung des Ruhrabenteuers zu beraten. Das würde eine nicht unerhebliche Erleichterung der Lage bedeuten.

Aber ohne eine große internationale Anleihe ist das Problem nicht zu lösen, und diese Anleihe ist ohne Amerika nicht möglich. Es fragt sich aber, ob England imstande wäre, auch Amerika mit ins Spiel zu bringen.

Was im Interesse der ganzen Welt erstrebt werden muß, ist eine erdglobale Regelung der Reparations- und der Besetzungsfrage. Dazu gehört die Festlegung der Reparationen auf eine leistbare Summe, die Aufbringung einer internationalen Anleihe, die Räumung des neubefetzten Gebietes und die Räumung des altbefetzten Gebietes mindestens innerhalb der vertragsmäßigen Fristen. Diese verwickelte Aufgabe kann nur auf einer Weltkonferenz gelöst werden.

Frankreich sagt: „Deutschland will nicht bezahlen, darum räumen wir nicht!“ Deutschland sagt: „Frankreich will nicht räumen, darum stellt es unerfüllbare Forderungen.“ Deutschland muß beweisen, daß es zahlen will, was es kann. Frankreich muß beweisen, daß es räumen will und daß es auf unerfüllbares verzichtet. Das ist der einzige Weg, um einen Ausgleich herbeizuführen.

Diese Absicht Frankreichs ist aber aus der Erklärung Poincarés noch nicht zu erkennen. Wenn Frankreich deutsches Land jahrzehntelang in seiner Hand behalten will, wenn französische Militärbehörden für alle absehbare Zeit auf deutschem Boden nach Belieben schalten und walten und die Bevölkerung drangsaliieren sollen, dann ist es nur eine völlerrechtliche Spitzfindigkeit, ob man einen solchen Zustand als Annexion bezeichnen will oder nicht. Man könnte vielleicht behaupten, ein solcher Zwitzerszustand sei noch schlimmer als eine Annexion, die wenigstens klare, auf Macht begründete Verhältnisse schafft, während die Okkupation nichts als ein militärisch organisiertes Chaos ist.

Wollte Frankreich durch die Tat beweisen, daß es keine Annexion deutschen Gebietes erstrebt, will es in Gemeinschaft mit den anderen Reparationsgläubigern und mit Deutschland Verhandlungen führen zu dem Ziel, sich die Zahlungen zu sichern, die tatsächlich und ohne Vernichtung der deutschen Volkswirtschaft geleistet werden können, dann können wir uns keine deutsche Regierung vorstellen, die nicht bereit wäre, auf solche Verhandlungen einzugehen. Denn so bestimmt das deutsche Volk es ablehnt, vor den Drohungen der militärischen Gewalt zu kapitulieren, so sehr ist es bereit, in einen gerechten Ausgleich einzuwilligen, der ihm einen erträglichen Anteil an den Lasten der Kriegsschuldung auferlegt, die deutsche Souveränität über deutsches Reichsgebiet wiederherstellt und damit den wirklichen Frieden bringt, auf den die Welt seit neun Jahren vergeblich gewartet hat.

Paris, 30. März. (W.T.B.) Die Kammer hat gestern nachmittags unterwartet den Beschluß gefaßt, zu einer Nachsitzung zusammenzutreten, um verschiedene Vorlagen zu erledigen, die der Senat im Laufe des Tages angenommen hatte. 9 Uhr 10 Minuten abends begann die Sitzung. An erster Stelle wurde die Schaffung eines Unterstaatssekretariats im Finanzministerium bewilligt. Nach einer Reihe weiterer Vorlagen, die sich mit Budget- und Steuerangelegenheiten beschäftigten, verlangte der Finanzminister die sofortige Diskussion der Kreditvorlagen für zwei Budgetzweckel für April und Mai.

In der Generaldebatte erklärte der sozialistische Abg. Debass, seine Freunde wollten nicht auf das Randoyer hineinfallen, das nach der Abstimmung über die Budgetzweckel geplant sei, und deshalb hielten sie daran fest, vor den Ferien die Ruhrfrage zu diskutieren. Die

Reparationsfrage trage den Kern eines Krieges in sich. Die Proletariat von Frankreich, England und Deutschland haben die französischen Ansprüche auf Reparationen anerkannt. Aber was die Methode anbetrifft, so erklärte Debass, unterscheiden wir uns von der Mehrheit der Franzosen, die an die Wirkung militärischer Gewalt glaubt. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Als der letzte Finanz-

Mannheim besetzt.

Mannheim, 31. März. (W.T.B.) Heute vormittag 3 Uhr zogen etwa drei Kompagnien französischer Infanterie mit Maschinengewehren über die Rheinstädte durch den Parkring und Cullenberg zur Friedrichsstraße, worauf sie den Redar über-schritten und in die Waldhofsstraße zum alten Benz-Werk einbogen, dessen Eingänge mit einem Zug Fußtruppen besetzt wurden. Ein anderer Teil marschierte bis zur Humboldtstraße, wo halt gemacht wurde. Von hier aus rückte 7 Uhr eine weitere Abteilung nach dem hiesigen Bahnhof, den die Truppen besetzt haben.

Mannheim, 31. März. (W.T.B.) Seit ihrem ersten Einrücken sind die Franzosen bis zur Stunde nicht weiter vorgerückt. Dagegen haben sie inzwischen sämtliche Abteilungen der Automobil-motorfabrik Benz u. Co. besetzt. Die Arbeiter werden kontrolliert. Ferner wurde das evangelische Waisenhaus von französischen Offizieren in Augenschein genommen.

Mannheim, 31. März. (W.T.B.) Die Franzosen haben in den ersten Vormittagsstunden in der Humboldt-Schule Quartier für etwa 200 Mann requiriert und das evangelische Waisenhaus mit 60 Mann belegt. Im Gebäude des zwischen dem Viehplatz und dem Redar gelegenen Bahnhofs der früheren Preussisch-schlesischen Staatsbahn haben die Franzosen bisher nur die Warterräume requiriert. Der Personen- und Güterverkehr ist ein-stellen noch ungestört. Die auf dem Bahnhofsgelände stehenden Waggons dürfen noch entladen werden. Es darf somit vermutet werden, daß der neue Anschlag der Franzosen in erster Linie den Maschinen des Benzwertes gilt.

minister Berichterstatter über das Wiederaufbaubudget gewesen sei, habe er erklärt, die französischen Industriellen hätten zu oft Furcht vor der Konkurrenz der deutschen Lieferungen gehabt. Er, Debass, wolle jetzt beweisen, daß die Ruhrbesetzung noch viel weniger eingebracht habe als die Politik der letzten Jahre, die indessen unzulänglich gewesen sei. Es sei seit der

Ruhrbesetzung das Wirtschaftsleben der Welt gestört worden.

Der Preis aller Rohmaterialien, einschließlich Kohlen und Koks, sowie der der notwendigen Lebensmittel habe eine starke Hausse erfahren. Auch das Baumaterial sei stark im Preis gestiegen und der Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete sei dadurch bedroht.

Debass wird wiederholt von den Rechten unterbrochen und wirft deshalb seinen Widersachern vor, daß sie nicht ihre Gedanken zum Ausdruck bringen, die nach seiner Ansicht darin gipfelten, bis nach Berlin zu marschieren. Es kommt wiederum zu lärmenden Unterbrechungen, als Debass erklärt, daß seine Freunde immer noch auf internationale Abkommen hofften, um die Konflikte zu lösen. Seine politischen Gegner seien wie die Wölfe zu wissen, die glauben, alles durch die militärische Gewalt lösen zu können, und die schließlich doch einsehen müßten, daß sie sich getäuscht hätten. Es sei zu befürchten, daß eine

zu lange Besetzung Deutschlands das Nationalgefühl des deutschen Proletariats verschärfen werde.

Derartige Symptome erkenne man ein wenig überall. Selbst Clara Zetkin habe im Reichstag gegen die Ruhrbesetzung protestiert. Frankreich, das mit seinen Alliierten Österreich zerstückelt habe, sei jetzt verpflichtet, ihm zu Hilfe zu kommen, damit es existieren könne. Befürchten Sie nicht, so ruft Debass aus, daß Sie eines Tages gezwungen sein werden, für Deutschland das gleiche zu tun? (Widerpruch rechts und in der Mitte.) Er und seine Freunde wollten Frankreich und der geheiligten Sache des Friedens dienen.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird mit 382 gegen 162 Stimmen angenommen.

Alle Artikel der Kreditvorlage werden genehmigt. Hierauf ergreift der Abg. Herriot (radikal) das Wort, um über die Gesamtvorlage zu sprechen und um Poincaré, wie er sagt, im Interesse des Landes zwei Fragen vorzulegen:

Erstens: Man behauptet in der ganzen Welt, da, wo man Frankreich verkennt, daß wir aufgehört hätten, im Ruhrgebiet wirtschaftliche Ziele zu verfolgen, und daß wir nunmehr politische Zwecke zu erreichen suchen, ja, daß wir selbst auf Annexion abzielen.

Zweitens: Ich fordere die Regierung auf, zu erklären, daß Frankreich mit Beweiskraft jeden ersten Vorschlag prüfen wird, den Deutschland Frankreich oder der Gesamtheit der Alliierten machen wird.

Sofort erhebt sich Poincaré

und erklärt: Ich glaube wirklich, daß meine Antwort überflüssig ist. Ich habe sie im Voraus gegeben und habe sie auch vor dem Französischen Senat wiederholt. Ich bin nicht der Verfasser des Protokolls über die letzte Sitzung, aber es gibt getreu meine Gedanken wieder. Ich habe in erster Linie erklärt, daß wir

keinerlei Verjache zu einer offiziellen oder indirekten Verhandlung annehmen

werden. An dem Tage, an dem die deutsche Regierung zur Wirklichkeit zurückgekehrt ist und erkennen wird, daß eine Verlängerung des Widerstandes Deutschland selbst nur schädlich sein kann, an dem Tage, an dem die deutsche Regierung uns, also Frankreich, direkt oder der Gesamtheit der Alliierten präzise und ernsthafte Vorschläge überbringen wird, werden wir sie in einem Geiste der Gerechtigkeit und Loyalität prüfen. Ich habe hinzugefügt, daß es gefährlich, daß es verabscheuungswürdig wäre, Frankreich an-nexionistische Pläne oder Hintergedanken zuzuschreiben. Wir haben immer erklärt, daß wir in das Ruhrgebiet gegangen sind, um dort wirtschaftliche Ziele zu verfolgen. Wir haben

keineswegs die Absicht, uns eine einzige Parzelle deutschen Bodens anzueignen.

Aber wir wollen uns nicht mehr durch ein neues Randoyer täuschen lassen. Deshalb werden wir die Pfänder, nur gegen Realitäten ausgeben. Wir werden uns aus dem Ruhrgebiet nur in dem Maße und im Verhältnis der erlangten Zahlungen zurückziehen und diese müssen sich der Gesamtheit der Schäden anpassen. Deutschland hat keine äußere Schuld, Deutschland ist im Augenblick weniger belastet als Frankreich; es hat wegen des Marksturzes kaum noch eine innere Schuld. Deshalb glaube ich, daß es gerecht und notwendig ist, daß das gesamte Uebel repariert werde.

Der sozialistische Abg. Blum verlangt hierauf vom Ministerpräsidenten, daß er seine Gedanken etwas präziser ausdrücke. Es genüge nicht, zu erklären, daß Frankreich keinerlei Annexionsgedanken habe. Das wissen wir. Was man Frankreich vorwirft, ist, daß es auf die

Zerstückelung der deutschen Einheit

abzielt. Man muß die Artikel einer gewissen Presse desavouieren, die einmal von einer Neutralisierung des linken Rheinufers und dann wieder von der Schaffung eines Pufferstaates spricht. Man muß erklären, daß wir nur im Ruhrgebiet stehen, um dort Reparationszahlungen zu erlangen. Abg. Blum wird in der bestigsten Weise von Abgeordneten der Rechten und der Mitte unterbrochen, so daß seine Worte unverständlich werden. Da er sich nicht Gehör verschaffen kann und deshalb zur Rednertribüne emporsteigt, verdoppelt sich der Lärm. Als er weiterprechen will, ruft ihm der Abg. Rogne zu: „Genug, genug!“ Blum schlägt mit der Faust auf das Pult und schreit heiser: „Ich habe genug davon!“ was wiederum eine große Lärmzene hervorruft. Nur mit Mühe kann der Kammerpräsident die Ruhe wiederherstellen. Als er aber erklärt, die Unterbrechung, die den Willmut Blums hervorgerufen habe, sei berechtigt gewesen, verläßt Blum unter heftigen Vorwürfen gegen den Kammerpräsidenten die Rednertribüne. Blum macht den Versuch, mit sämtlichen Sozialisten und Kommunisten den Sitzungssaal zu verlassen.

Da erhebt sich Kammerpräsident Beret und erklärt, im Laufe dieser Debatte hätten sich die Unterbrechungen geteilt. Die Leidenschaft seien aufgeflammt worden. Ein Abgeordneter der Rechten habe Blum zugruhen: Die Deutschen mögen uns bezahlen! Darauf habe Blum geantwortet: Genug! Deshalb habe er sich erlaubt zu erklären, ein derartiges Wort aus dem Munde eines Franzosen könne die Unterbrechung für berechtigt erscheinen lassen. Er habe sich aber getäuscht. Denn Léon Blum habe andeuten wollen, daß er genug habe von den Unterbrechungen. Er be-dauere erklärt zu haben, der Abgeordnete hätte aus Mißmut gehandelt. Er ziehe seine Worte zurück, die den Redner verletzen können und fordere ihn auf, in seiner Rede fortzufahren.

Blum führt dann aus, angeführt der Verluste, die Frankreich während des Krieges erlitten habe, bestrehe die einzige Garantie, die Frankreich gegen einen deutschen Angriff finden könne, darin, daß man in Deutschland den Eindruck hervorruft, daß, wenn es einen Krieg provozieren, es auf seinem eigenen Gebiet zusammenbrechen werde.

Hierauf wird der Gesetzentwurf über die beiden Budgetzweckel angenommen und im Anschluß daran auch das provisorische Budgetzweckel über den Wiederaufbau.

Präsident Beret richtet alsdann an die Kammer die Frage, an welchem Tage sie wieder zusammentreten wolle. Der Abg. Ybar-negaray (Rechte) besteht darauf, daß am heutigen Freitag keine

Interpellation über die Banque Industrielle de Chine zur Beratung gelange.

Poincaré erklärt, der Justizminister sei unpäßig und könne deshalb die Interpellation nicht beantworten. Ybarnegaray läßt keinen Zweifel darüber, daß es ihm darum zu tun ist, den Fall Berthelot zur Sprache zu bringen, und er versucht, sofort in die Debatte einzutreten, indem er auf Briand hinweist. Briand vermahnt sich dagegen, daß ihm irgendwelche Vorwürfe gemacht werden könnten.

Ybarnegaray wiederholt jedoch seine Anklagen, so daß schließlich im Verlaufe einer lärmenden Debatte darüber, in der Briand den Abg. Ybarnegaray einen „jämmerlichen Verleumder“ nennt. Ministerpräsident Poincaré erklärt, er habe es niemals erlebt, daß man bei einer Debatte, die den Tag der Verhandlung eines Gegenstandes festsetzen solle, auf die Sache selbst eingeht. Man habe von der Vermengung von Politik und Finanz gesprochen. Er habe keinen Augenblick daran gedacht, daß das auf Briand abziele. Es habe

zu allen Zeiten eine bedauernde Vermengung von Politik und Finanz

stattgefunden, nicht immer auf den Regierungsbänken, sondern oft auf den Bänken der gesetzgebenden Versammlung. Wenn Briand im Ministerium erfahren hätte, was er erfahren habe, würde er die gleichen Maßnahmen ergriffen haben. Er habe dies nicht tun können, weil er nicht gewußt habe, daß Philippe Berthelot von seinem Bruder Geld erhalten hätte. Als er es erfahren habe, habe er Berthelot vor ein Disziplinargericht zitiert. Man müsse dem Gericht das Wort überlassen.

Hierauf wird der Vorschlag, die parlamentarischen Arbeiten am 15. Mai wieder zu beginnen, mit 423 gegen 81 Stimmen abgelehnt und ohne Widerspruch

der 8. Mai als Tag des Wiederausammentretens bestimmt.

Die Sitzung war um 2 Uhr nachts beendet.

Auch der Senat tritt am 8. Mai wieder zusammen.

Englische Sozialisten bei Poincaré.

London, 31. März. (E.E.) Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ meldet, daß der Sekretär des englischen Transportarbeiterverbandes, Ben Elliott, am Donnerstag von Poincaré empfangen wurde. Gestern empfing Poincaré die Mitglieder des englischen Unterhauses Macdonald, Henderson und J. S. Thomas. Die Delegation legte Poincaré einen alternativen Plan vor, der eventuell als Grundlage für die Verhandlungen mit den Deutschen durch Vermittlung der deutschen Sozialdemo-

Franken konnte. Poincaré wurden insbesondere vier Fragen vorgelegt:

1. Wünscht Frankreich das Ruhrgebiet und die Rheinlande zu annektieren und wünscht es diese Gebiete einer politischen und wirtschaftlichen Sklaverei von einer unbegrenzten Zahl von Jahren zu unterwerfen?
2. Will Frankreich bei Verhandlungen über die Ruhr- und Reparationsfrage England ausschließen?
3. Verwendet Frankreich schwarze Truppen im Ruhrgebiet?
4. Wie kommt es, daß Deutschland alle geforderten Ziffern und Tatsachen, die zur Aufklärung verlangt wurden, vorlegte, während Frankreich nicht geneigt ist, dasselbe zu tun?

Ben Ellett erklärte einem Vertreter der „Daily Mail“, Poincaré habe sehr aufmerksam zugehört, andererseits aber die Gerechtigkeit und die Mäßigkeit der französischen Forderungen betont. Er wünsche auch, daß die englischen Arbeiterkreise die Ursachen verständen, die Frankreich zu seiner Aktion im Ruhrgebiet geführt hätten. Die französische Regierung sei bereit, alle englischen Arbeiterabordnungen zu empfangen, die empfangen zu werden wünschten und auch die wirklichen Tatsachen kennen lernen wollten. Poincaré versprach, alle Ziffern und Informationen vorlegen zu lassen, die gewünscht würden. Er leugnete nicht, daß die Wirtschaftslage sehr schwer geworden sei. Aber der Stillstand im Handel sei nicht durch die französische Reparationspolitik herbeigeführt, die französische Regierung wünsche, die deutschen Großindustriellen zur Vernunft zu bringen. Die wirklichen Feinde des europäischen Friedens und einer gerechten Lösung des Reparationsproblems seien Männer wie Stinnes und Thyssen. Die französische Regierung sei nicht in der Lage, allen Spuren der Tätigkeit Stinnes nachzugehen. Sie sei aber fest entschlossen, keinerlei indirekte Verhandlungen durch Leute wie Stinnes zuzulassen. Aus dem einfachen Grunde, weil sie diese Leute als die Verantwortlichen für alle Unruhe in der Welt betrachte. Die Zwischenfälle im Ruhrgebiet seien nicht infolge Reibungen zwischen Bevölkerung und den französischen Soldaten entstanden, sondern seien durch politische Agitatoren verursacht. Poincaré bestritt energisch, daß Frankreich Annexionsabsichten verfolgte. Dies wäre nicht nur falsch, sondern auch unmöglich. Niemand träume davon, vor allem wäre eine Annexionswirtschaftlich unmöglich. Die englische Regierung werde an allen Konferenzen vollen Anteil haben können, die zu einer Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems stattfinden würden. Vollkommen unrichtig seien alle Behauptungen wegen Verwendung schwarzer Truppen im Ruhrgebiet. Diese hätten ihre Garnisonen in Verdun, Metzelle und anderen französischen Städten. Und wegen ihrer guten Disziplin könne es zu keinerlei Zwischenfällen mit der Bevölkerung kommen.

Die Pariser Sozialistenkonferenz.

Paris, 31. März. (WZ.) Die internationalisierte Sozialistenkonferenz hielt gestern nachmittags ihre zweite Sitzung ab. Die Mitteilung, die nach Schluß der Beratungen heute abend der Presse übermittelte wurde, lautet: Nachdem der französische Abg. Vincent Auriol seinen Bericht beendet hatte, und nach Feststellung des Einverständnisses mit der deutschen Sozialdemokratie, hat die Konferenz die Fragen der Ruhrbesetzung und der Sicherheit sowie die Reparationsfrage erörtert. Die Konferenz hat Entschliessungsentwürfe festgelegt, die die Delegierten ihren Fraktionen übermitteln werden. Diese werden über eine etwa zu unternehmende Aktion beraten und ihre Entscheidung dem englischen Unterhausmitglied Tom Shaw übermitteln. Dieser wurde beauftragt, eine spätere Konferenz zusammenzubekommen.

Paris, 31. März. (E.E.) Zu den Beschlüssen der internationalisierten Sozialistenkonferenz weiß die „Chicago Tribune“ zu melden, daß, falls diese Beschlüsse von den vier sozialistischen Parteien Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens gebilligt würden, sie ihren Regierungsvorgeschlag werden sollen, während die deutsche Sozialdemokratie im Reichstag Anträge stellen würde, die die Durchführung der sozialistischen Beschlüsse zum Zweck haben würden.

Die deutsche Verhandlungsbereitschaft.

Paris, 31. März. (U.) Dem „New York Herald“ wird aus London gemeldet, daß der dortige deutsche Botschafter gestern nachmittags dem „Foreign Office“ einen Besuch abstattete. Nach dem genannten Blatt nimmt man in London an, daß dieser Besuch mit

Bismarck und seine Feierer.

Von Hans Bauer.

Bismarck ist ein Kerl aus einem Gusse gewesen. Daß er verehrungswürdig war, leugnen wir. Daß er eine Persönlichkeit war, gestehen wir zu. Aber eben dies, daß er wohl als Person etwas bedeutete, daß er aber keinen Gedanken in die Welt warf, der Ewigkeitswert hatte, macht die Wehrheit seiner Feierer so lächerlich.

Es wird für eine gemaltige Menschheitsidee demonstriert. Zehntausende formieren den Zug. Von diesen Zehntausenden braucht nicht jeder die volle Größe der Idee und alle ihre Ausstrahlungen zu erfassen. Es schwebt doch ein schwacher Heiligenschein noch über dem Geringsten der Demonstranten.

Ueber den Hauptern der Bismarck-Feierer habe ich ihn indessen noch nie erblickt. Die Bismarck-Feierer versammelten sich in kauber ausgeführten Anzügen in einem großen Saale und kommen mit der Kenntnis hin, daß Bismarck irgendwo einmal etwas von Blut und Eisen gesagt hat und ein andermal davon, daß wir Deutsche Gott, aber sonst auch gar nichts in der Welt fürchteten. Und überhaupt: Es paßt ihnen schon lange nicht mehr, daß sie mehr Steuern bezahlen müssen als früher, und des Mieterates sind sie überdrüssig und der Getreideumlage, und Harry, der Kellner, hat keine Aussicht darauf, Regierungsrat zu werden, wiewohl er Korpsstudent ist: Unter Bismarck wäre das alles nicht gewesen!

Wie Bismarck alles anders machen würde: das wissen sie im einzelnen nicht, aber sie glauben, daß er es anders machen würde.

Es ist kein hoher Gedanke in diesen Durchschnitts-Feierern Bismarcks, der ihnen in dieser einen Person Befallt angenommen zu haben scheint. Sie wissen nur von den Ansichtspostkarten und vom Wandschmuck her, daß Bismarck ein massiver Breitshädel war und sie haben von der Schule her noch in Erinnerung, daß er alles macht: Drum muß so einer her wie er.

Und eben dieser Schrei nach der Person ist so spießig.

Man muß das hören, wie der schlichte Bürger den Satz ausspricht: Uns fehlt in Bismarck! Mit Männerbrust sagt er es. Aber ohne heilige Aufwallung. Es ist die Flucht vor der Sachlichkeit, die ihm seine Worte eingibt. Er sagt sich nicht gern mit Problemen herum. Er glaubt er hat die Allmacht der Person.

Kein schlimmes Wort über jene, die auch diesen ersten April nach christlichem Gewissen glauben, den toten Menschen Bismarck ehren zu müssen.

Aber der Heerbann der Nationalisten, der sich seiner keinen Verdrießlichkeiten willen damit beut, Bismarck akuteil machen zu wollen, der ist wert, daß seine Feier auf den 1. April fällt.

Der Friedrich-Heger-Chor, ein aus den alten Bundesvereinen „Kreuzberger Harmonie“ und „Vorwärts-Südost“ neu gebildeter Chor (über 200 Mann stark) gab am Karfreitag

der aus Berlin eingetroffenen Meldung, daß die deutsche Regierung nicht mehr die Räumung des Ruhrgebietes als erste Voraussetzung für den Eintritt in Verhandlungen betrachte, zusammenhängt und man glaubt, daß von deutscher Seite ein Schritt zur Umbahnung von Verhandlungen mit Frankreich unternommen worden sei.

Paris, 31. März. (E.E.) Aus Washington meldet „Chicago Tribune“: Die Regierung der Vereinigten Staaten wurde verständigt, daß Deutschland bereit sei, mit Frankreich wegen einer Lösung des Ruhrkonflikts zu verhandeln, bevor die französischen Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückgezogen wurden. Diese Erklärung der deutschen Regierung, Frieden zu schließen, wird in diplomatischen Kreisen als größte Konzession angesehen, die seit Beginn des Ruhrkonflikts gemacht wurde.

Handelsverbot gegen Frankreich?

Nach Pressemeldungen will die Reichsregierung in den nächsten Tagen entscheiden, ob der Abwehrkampf an der Ruhr durch ein allgemeines Handelsverbot gegenüber Frankreich und Belgien unterstützt werden soll. Ursache dieses sehr bedenklichen und gefährlichen Schrittes ist ein Erlauchen der Interessenvertretungen von Handel und Industrie der besetzten Gebiete. So erklärlich ein solches Verlangen vom Standpunkt der in ihrer Abhängigkeit beschränkten Industrie ist, so wenig entspricht es den Interessen der ganzen deutschen Wirtschaft. Diese ist auf den Absatz ihrer Erzeugnisse im Ausland angewiesen, wenn sie die zur Einfuhr von Rohstoffen notwendigen Devisen beschaffen will und wenn sie die Arbeiter beschäftigen soll.

Der letzte Ausweis über die Reichsfinanzen mit der Vermehrung der schwebenden Schuld um ein volles Drittel, nämlich 1500 Milliarden Mark bei einer Steuereinnahme von nur etwa 100 Milliarden zeigt die doch ungeheuren Gefahren einer solchen Wirtschaftspolitik. Der Abwehrkampf an der Ruhr wird deshalb durch ein Handelsverbot gegen Frankreich und Belgien nicht unterstützt, sondern im höchsten Maße gefährdet. Er schädigt nicht Frankreich und Belgien, sondern Deutschland und besonders jene Industrien, die auf den Absatz ihrer Erzeugnisse nach Frankreich und Belgien angewiesen sind. Wäre eine solche Maßnahme durch die politischen Verhältnisse erzwungen, so müßte man sich natürlich mit ihr abfinden. Jetzt, wo sie nur erfolgen soll mit Rücksicht auf die Interessen einiger Industriekreise, die gewissen Persönlichkeiten der Reichsregierung besonders nahe stehen, ist eine solche Maßnahme höchst anfechtbar.

Wir bestreiten aber auch der Regierung das Recht zu einer solchen Maßnahme und verlangen, daß sie die Stellungnahme der parlamentarischen Körperschaften abwartet. Schon jetzt hat die Tatsache, daß einzelne Organe der Regierung solche Verbote gegenüber Frankreich und Belgien auf eigene Faust vorgenommen haben, schwere Schädigungen der deutschen Wirtschaft und der deutschen Arbeiterklasse hervorgerufen. Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen sind bereits vorgenommen worden. Diese Uebergriffe bildeten deshalb bereits den Anlaß zu Diskussionen im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages. Sie sollen nach Ostern fortgesetzt werden. Bei diesen Debatten des volkswirtschaftlichen Ausschusses wurde auch die Frage eines allgemeinen Handelsverbotes gegenüber Frankreich gestreift. Es war bezeichnend, daß die Regierung dafür nur Unterstützung fand bei den Deutschnationalen. Alle übrigen Parteien warnen auf das eindringlichste vor diesem Schritt. Schon damals gewann man also den Eindruck, als ob es sich bei dem beabsichtigten Vorgehen weniger um eine reine Wirtschaftsfrage handelte, sondern vielmehr um eine Frage von großer politischer Bedeutung.

Der Staatsgerichtshof wird am 12. April gegen den Schriftleiter Beyer vom „Miesbacher Anzeiger“, ferner gegen den Schriftleiter Friedrich Eckert aus München wegen Beleidigung von Regierungsgliedern verhandeln. Am 19. April haben sich zu verantworten: der ehemalige Schriftleiter der „Leipziger Abendpost“ Adolf Bindemann sowie Rechtsanwalt Cunio-Elpzig. Schließlich steht am 26. April Verhandlung gegen den Studenten Wertheim-Dortmund und gegen den Schriftleiter Ernst Pfeiffer-Berlin an.

unter Fr. Bothes Leitung in der „Neuen Welt“ sein erstes Konzert. Das Programm brachte nur alte liebe Bekannte; größere Kompositionen, die höhere Anforderungen stellen, fehlten. Zweifellos wird es dem energischen und zielstreben Vortrager sehr bald gelingen, mit dem guten Stimmmaterial mit der größeren Vereinen des Arbeiterbundes in Wettbewerb zu treten. In der Ausführung recht gut waren Conradis „Sonnenaufgang“, Altmehfers „Abendfeier“ sowie einige Chöre Uthmanns, namentlich das prächtige Lied „Ach warte dein“. Das Cornbinon-Quartett erfreute durch vollendete Wiedergabe von Beethovens Streichquartett in C-Moll und ein Quartett von Tschalkowski.

Film und Dichtung. Auf Einladung der Deutschen Lichtbildgesellschaft hielt Julius Bab einen Vortrag über Film und Dichtung. Bab ging darauf aus, die eigentliche Kunstphäre des Films gegenüber der Literatur und den anderen Künsten, an die der Film sich anlehnt, abzugrenzen. Er wies an Hand einer Anzahl von besonderen Filmenten nach, daß der Film am eindrucksvollsten fesselnde Motive auf eine nur ihm eigene Form darzustellen vermag, wenn er rein aus dem besonderen Material der Kinematographie heraus schöpft. Das kommende Kinogenie erwartet er weniger von der Literatur her als von dem Filmgestalter, der alle Möglichkeiten der Filmphotographie beherrscht und sie der fesselnden Darstellung dienstbar zu machen versteht. Ein Kreis von Fachleuten folgte diesem bereits auf Veranlassung des Ministeriums des Innern vor den Besitzern der Filmprüfungsstelle gemachten Ausführungen mit lebhafter Teilnahme.

Die Insel der Einsamkeit. Je 3000 Kilometer von Afrika und von Südamerika entfernt haust auf dem unwirtlichen erloschenen Vulkan, der die von der türmischen See des Südpazifischen Ozeans umspülte Felseninsel Tristan da Cunha bildet, eine in der Welt einzig dastehende Volksgemeinschaft von rund 150 Menschen, die keine Steuern zahlen, denen Obrigkeit und Herren so fremde Begriffe sind wie Gesehe, Gefängnisse und Polizei, und die von den übrigen zivilisierten Völkern völlig abgeschnitten sind, von denen sie nur in weit bemessenen, bis zu 18 Monaten sich dehnen den Zwischenräumen einmal durch anlaufende Schiffe spärliche Kunde erhalten. Sie erfreuen sich der absoluten Freiheit, aber sie erkufen diesen Vorteil teuer genug; denn der Felsen hat weder Baum noch Strauch und bringt nur auf seinem im Nordwesten gelegenen Vorland ein paar Kariowen hervor. Im vergangenen Jahr entschloß sich der englische Missionar Martin Rogers dazu, drei Jahre seines Lebens mit seiner Frau der im Ozean verlorenen Gemeinde zu opfern. Die Verkehrsmaßnahmen auf der Insel beschränkten sich auf einen einzigen Fußpfad, der zu dem an der Seehundsbai gelegenen Hauptort mit dem stolzen Namen Edenburg führt. Bricht er als Land ist der Zugang zur See, vorausgesetzt, daß das Meer ruhig ist, was freilich nur selten vorkommt. Im „Manchester Guardian“ gibt der Geistliche jetzt einen fesselnden Bericht über die Irrfahrten seiner Reise. Ein erster Landungsversuch scheiterte wenige Kilometer vor dem Hauptort. Am folgenden Tage gelang es endlich, nach einer stürmischen Ueberfahrt die Bai zu erreichen. Die Felsenriffe sind von zahllosen Höhlen durchsetzt, die von Mäusen, die die Geißel der Insel bilden, bevölkert werden.

Kommunistische Tollhäußereien.

Ueberfall auf eine Versammlung von Italienern.

Die deutschen Faschisten können sich keine wirklicheren Pioniere denken, als die unklaren Köpfe, die innerhalb der kommunistischen Partei ihr Wesen treiben. In der Zeit, wo durch die Auflösung der politischen Verschwörerclubs die Aufmerksamkeit wieder einmal auf die drohende Gefahr eines Rechtsputsches gelenkt wurde, haben die Kommunisten nichts Besseres zu tun, als an allen möglichen Orten durch ihr gewalttätiges Auftreten den deutschen Faschisten vorzuarbeiten. Noch immer war es eine beliebige Ausrade der Rechtsputschisten, daß sie lediglich die Absicht hätten, gegen eine angeblich befürchtete kommunistische Revolution sich zu wappnen. Das Hand-in-Hand-Arbeiten der Extremen von rechts und links ist jedoch zuweilen so augenfällig, daß man der Meinung sein könnte, die Geldgewaltigen der Rechtsverschwörer hätten eine erhebliche Anzahl ihrer Anhänger in ein kommunistisches Gewand gekleidet.

Eine besonders gemeingefährliche Handlung begingen Berliner Kommunisten am Donnerstagabend, als sie in dem „Ränkerhause“ an der Belleoestraße gewalttätig in eine dort veranstaltete Zusammenkunft von Italienern eindrangen und die Anwesenden in schwerster Weise körperlich mißhandelten. Die „Rote Fahne“ will den Anschlägen erwidern, als wenn sie in jener Zusammenkunft eine Versammlung italienischer Faschisten vermutete, denen sie enge Beziehungen zu den deutschen Rechtsradikalen unterstellt. Von italienischer Seite wird behauptet, daß es sich um eine Zusammenkunft in der Berlin lebenden italienischen Kaufleute handelte, die sich über die deutsch-italienischen Handelsbeziehungen unterhalten wollten. Uns scheint das letztere wahrheitsgemäßer, weil man kaum annehmen kann, daß die Schwarzhemden Mussolinis ausgerechnet in Berlin eine Versammlung abhalten wollten. Auch die Tatsache, daß die Zusammenkunft in einem in Berlin gedruckten italienischen Blatte angezeigt wurde, das auf keinem Titel das Abzeichen des faschistischen Italiens trägt, beweist nicht, daß die Versammlung selbst faschistische Zwecke verfolgte.

Aber selbst wenn das der Fall gewesen wäre, so wäre trotzdem das Vorgehen der Kommunisten ein Verbrechen an deutschen Volks. Staatsgefährliche Verbindungen und Versammlungen zu verhindern muß Sache der Behörden bleiben und kann unmöglich in das Belieben einer einzelnen Partei gestellt werden. Wenn die Kommunisten sozialdemokratische Versammlungen überfallen, so ist das ein Verbrechen, das ihnen unter Umständen, wie am letzten Mittwoch, selbst erhebliche und wohlverdiente Prügel eintragen kann. Wenn sie planmäßig bürgerliche Versammlungen sprengen, so müssen sie damit rechnen, daß eines Tages die bürgerlichen Parlamentsmehrheiten gegen diesen Unfug besondere Strafbestimmungen beschließen, die ihnen sehr unangenehm werden könnten. Wenn sie aber gar dazu übergehen, Zusammenkünfte von Angehörigen eines fremden Staates zu überfallen und die Versammelten zu mißhandeln, so rufen sie selbsttätig diplomatische Schritte dieses Staates herbei, die dem ganzen deutschen Volke, und damit in erster Linie der deutschen Arbeiterklasse, zumindest sehr kostspielig werden können.

Die italienischen Freunde der deutschen Kommunisten haben in ihrer Heimat erst dem Faschismus des Herrn Mussolini zum Siege verholfen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie zunächst am eigenen Leibe die gewalttätige Antwort der italienischen Faschisten verspüren müssen. Aber auch bei uns werden die Tollhäußereien der deutschen Kommunisten ein solches Maß von Erbitterung erzeugen, daß damit nur den Hitler, Goebbels und Wulfe Wasser auf ihre Mühlen getrieben wird. Die Sozialdemokratie hat diese gewalttätigen Praktiken von jeher auf das entschiedenste verurteilt. Sie wird auch jetzt keinen Zweifel daran lassen, daß sie mit den Burshen, die gegenwärtig in der kommunistischen Partei in Berlin den Ton angeben, keinerlei Gemeinschaft haben will und haben kann.

Der preussische Minister des Innern, Severing, hat angeordnet, daß eine hohe Belohnung auf die Ermittlung der Kommunisten gesetzt wird, die den Ueberfall ausgeführt haben. Der Berliner politischen Polizei war von dieser Stellung, bei der acht Personen anwesend waren, nichts bekannt, so daß es ihr unmöglich war, den Ueberfall zu verhindern. Der Polizeipräsident hat eine Belohnung von 800 000 M. ausgesetzt.

Angesichts des schlechten Wetters mußten der Geistliche und seine Begleiter zwei Nächte in einer dieser Höhlen Schutz suchen. Man berührte den unfreiwilligen Aufenthalt, um eine in der Nähe befindliche zwanzigköpfige Kinderherde zu besichtigen. Die sich selbst überlassenen Kinder sind indessen vollständig in den Zustand der Wildheit zurückgekehrt. Als der Geistliche der Besucher anständig wurde, sammelte er sofort die Herde um sich und stürmte mit eingelegten Hörnern auf die Ankommenen los, die kaum Zeit hatten, sich vor dem rasenden Tier in den Felshöhlen in Sicherheit zu bringen.

Das Gewicht der kleinen Vögel. Ueber die Notwendigkeit des Vogelfleisches herrscht nur eine Meinung. Man weiß, daß die Vernichtung der Vögel die Vermehrung der Insekten und den Ruin der Garten- und Landwirtschaft nach sich zieht. Aber in Südeuropa denkt man nicht daran. Man sieht dort nicht nur die Kinder zu ihrem Vergnügen Resten ausnehmen und zerdrücken, in den Flugzeiten wird der Vogelmord auch von den Erwachsenen im größten Maße betrieben. Man hat es wohl versucht, eine Entschädigung dafür zu konstruieren, indem man sagte, daß der Vogel für das arme Volk als billiges Nahrungsmittel eine große Hilfe sei. Das ist natürlich nichts als ein Wortwand, wenn man an die Reinheit der Vögel denkt. Ein Ornithologe hat Geduld genug gehabt, das Gewicht des Fleisches einer ganzen Reihe kleiner Vögel zu ermitteln. Aus ihrer Wichtigkeit geht ohne weiteres hervor, daß diese kleinen Freunde der Menschheit für die Volksernährung absolut nicht in Betracht kommen können. Die Gewichtszahlen sind: für die Nachtigall 11,40, graue Bachstelze 10, Blauspätzel 10, Fink 9,30, Hänfling 8,70, Land-schwalbe 8,30, Schmäger 8,25 Gramm Fleisch.

15 Millionen Kraftwagen in Amerika. Nach einer Statistik der amerikanischen Regierung wird die Zahl der Kraftwagen in den Vereinigten Staaten in zwei Jahren die Summe von 15 Millionen erreicht haben. Die Zahl der Autos, die 1922 in Amerika eingetragen waren, belief sich auf 12 238 375. Da die Bevölkerung der Vereinigten Staaten 105 Millionen beträgt, so kann man sagen, daß immer eine von zwei amerikanischen Familien ihren eigenen Kraftwagen besitzt. Die Zahl derer, die 1922 sich in die Riste der Kraftwagenbesitzer einschreiben ließen, betrug 1 775 000. Die Automobilfabrikanzen sehen bereits mit Sorge das Herannahen des „Sättigungspunktes“, auf dem der inländische Markt nicht mehr aufnahmefähig sein wird. Die Beamten der Motorabteilung sagen voraus, daß die Aufrechterhaltung der Automobilindustrie in ihrem vollen Umfang nicht möglich sein wird, es sei denn, daß eine neue Klasse von Käufern dadurch gewonnen wird, daß man einen billigeren Betriebsstoff ausfindig macht. Vorläufig suchen die Automobilfabriken mit großem Eifer ausländische Absatzgebiete zu gewinnen.

Gründerführungen der Woche. Sonnt.: Renaissance-Th.: „Campi der Geschichte“; Volkstheater: „Bobbi Sag die Wahrheit“; Mittw.: „Der Kellner“; „Emilia Galotti“; Sonnab.: „Herrn Th.“; „Süßigkeit“; „Christine“; Deutsches Th.: „Salome“.

Irania, Partridge. Sonnt.: „Mont. Gahlan Herbst“; Eine Reise nach Südamerika“; Dienstw.: „Mittw.“; Sonnab.: „Berle“; Helgoland“; Donn., Freit.: „Ing. Seydel“; Eine Alpenfabri“.

Maschinengewehrfeuer auf Arbeiter.

Mehrere Tote und Schwerverletzte bei Krupp-Essen.

Essen, 31. März. (WIZ.) Heute früh wurde die Kraftwagenhalle 1 der Krupp'schen Gussstahlfabrik von den Franzosen beschl. Die anwesenden Arbeiter wurden vertrieben, worauf die Streikenden erlösten. Die Kraftwagenhalle 3, in die die Franzosen ebenfalls eingebrungen waren, wurde von ihnen alsbald wieder geräumt. Inzwischen hatten sich infolge des Strengegehens die Werksangehörigen vor den Wagenhallen angeammelt und umstanden in dichten Massen die Franzosen, die aus einem Offizier und 10 Mann bestanden.

Die Franzosen machten ein Maschinengewehr schußbereit, verhielten sich aber zunächst ruhig. Da sie sich von der immer größer werdenden Menge der Arbeiter bei ihrem Abzug bedroht glaubten, eröffneten sie plötzlich das Feuer mit dem Maschinengewehr. Einige Tote und mehrere Schwerverletzte blieben am Platz. Darauf zogen die Franzosen ab.

Ein von Franzosen beschl. Luxuskradwagen wurde von der erregten Menge angehalten und vollständig zerstört. Die Insassen wurden verprügelt.

Schutz den Mörderzentralen!

Die bayerische Regierung deckt die Organisation C.

Aus München wird uns von besonderer Seite geschrieben: Gegen die Organisation C, aus der Mitglieder in allen politischen Nordprozessen der letzten Zeit vor Gericht auftraten mußten, schwebt seit längerer Zeit ein Verfahren, das bezweckt, endlich in das dunkle Treiben der mit Resolvent und Gift arbeitenden politischen Mörderzentralen hineinzuweisen. In der Voruntersuchung gegen diese Organisation der Jünger Ehrhardts waren nun durch den Untersuchungsrichter des Reichsgerichts für die Tage nach Ostern Vernehmungen in München angelegt. Solche Termine können, wenn das Reichsgericht die Untersuchung führt, im ganzen Reich angelegt werden. Die bayerische Regierung wurde, wie das vorgehen ist, benachrichtigt. Darauf geschah das Ungeheure. Die bayerische Regierung wurde bei der Reichsregierung wegen Verschiebung der angelegten Termine vorstellig. Sie hatte bei der derzeitigen Reichsregierung selbstverständlich prompt Erfolg. Der Reichsanwalt Cuno ersuchte den Staatssekretär Joel, sofort den Untersuchungsrichter im Reichsgericht zu veranlassen, mit Rücksicht auf den Widerspruch der bayerischen Regierung Amtshandlungen zunächst nicht vorzunehmen und von den bereits vorgezogenen abzugehen, weil die bayerische Regierung glaube, daß im gegenwärtigen Augenblick derartige Vernehmungen Unruhen in Bayern erregen würden. Der Staatssekretär Joel hat diesen Wunsch der Reichsregierung an den Oberreichsanwalt Ebermeyer telefonisch weitergegeben.

Wer weiß, wie verstimmt die bayerischen Amtsbehörden mit den Hitler-Garden sind, wird nicht daran zweifeln, daß die bayerische Regierung wirklich Unruhen befürchten kann, nachdem sie so lange dem Aufmarsch der Aufständigen zugehört hat. Das bayerische Volk selbst würde allerdings kaum auf den Gedanken kommen, in Unruhe zu geraten, weil das Treiben von Seiten, auf denen der Verdacht ruht, politische Morde zu organisieren, gerichtlich untersucht werden soll. Indessen können die „Sturmtrupps“, die das Blatt heute als „beruflich-protestantisch“ bezeichnet, immerhin Unruhen hervorrufen, weil die bayerischen Behörden versagen. Wir aber fragen, gedenkt der Untersuchungsrichter sich diesen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit gefallen zu lassen? Wir nehmen an, daß am Reichsgericht jedermann weiß, daß etwa von bayerischen Behörden gegen die Organisation C geführte Vernehmungen zwecklos wären. Am übrigen wird im Reichstag über den Schutz, den die bayerische Regierung der Organisation C angedeihen läßt und die Beihilfe, die die derzeitige Reichsregierung ihr dabei leistet, noch ein deutliches Wort geredet werden.

Ermäßigung der Kohlensteuer.

Umlich wird gemeldet:

Nachdem vom Reichsrohstoffverband am 27. März eine Herabsetzung der Grubenpreise der im nicht besetzten Deutschland gewonnenen Kohle beschlossen worden ist, hat sich die Reichsregierung entschlossen, mit Wirkung vom 1. April 1923 ab auch die Kohlensteuer — und zwar um ein Viertel — zu ermäßigen. Sie hat diese Maßnahme zur Stützung der Mark für erforderlich gehalten. Aus beiden Maßnahmen ergibt sich eine Kohlenpreislenkung von verhältnismäßig hohem Ausmaß für die einzelnen Kreise; bei den für die Brennstoffversorgung des unbesetzten Deutschland heute besonders wichtigen Braunkohlenrevieren des mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenreviers z. B. tritt danach eine Preisermäßigung von insgesamt rund 12 500 M., gleich 15,3 Proz., ein.

Die von der Reichsregierung stark geförderte Kohlenpreisermäßigung läßt sich folgerichtig ein in die Linie der Maßregeln, die sie in der Richtung eines Abbaus der Preise und einer Gesundung unserer Wirtschaft und unserer Geldverhältnisse teils eingeleitet, teils bereits getroffen hat.

Nach den Kohlenpreiserhöhungen der letzten Monate sind Forderungen auf Preiserhöhungen fast aller in Deutschland hergestellten Waren in der Regel mit der Steigerung der Kohlenpreise begründet worden. Nachdem nunmehr eine nicht unerhebliche Senkung der Kohlenpreise vorgenommen worden ist, wird erwartet werden dürfen, daß nach der Verbilligung dieses wichtigen Grundstoffes ein entsprechender Preisabbau bei den von der Kohle abhängigen Warengebieten erfolgen wird.

„Parteitag“ der Ledebourgruppe.

Uneinigkeit auf der ganzen Linie.

Im Bürgeraal des Rathauses eröffnete gestern die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, wie sich Ledebour und seine Freunde nennen, ihren ersten Parteitag. Die Eröffnung mußte um zwei Stunden vertagt werden. Das kennzeichnet die hoffnungslose Lage, in der sich diese Gruppe zwischen Sozialdemokratie und Kommunisten befindet. In allen wichtigen Fragen, Ruhrbesetzung, Gewerkschaftsfrage usw. geben die Meinungen radikal auseinander. Der eine Teil will zu den Kommunisten, der andere will eine formelle Selbstständigkeit mit radikaler Phrasologie und praktisch-opportunistischer Politik.

Liebkecht als Berichterhalter muß zugeben, daß genaue Mitgliederzahlen von ihm noch nicht angegeben werden können, da „alles im Fluß sei“. Ledebour betont in seinem politischen Referat, daß mit den Massen der USP und SPD eine Revolution nicht gemacht werden könne. Er lehnt eine einseitige Bindung an die Kommunisten ab. Im übrigen greift er die Haltung der Sozialdemokratie an und empfiehlt im gleichen Atemzuge gegenüber der Besetzung des Ruhrgebiets die gleiche politische Haltung. Er tritt für die Politik der passiven Resistenz ein und wünscht Beendigung des Konflikts auf dem Wege von Verhandlungen.

In der Debatte gehen die Meinungen kreuz und quer durcheinander, ohne daß irgendein einheitliches Ergebnis erzielt werden

kann. Anwesend sind etwa 60 Delegierte. Alles steht unter dem Eindruck dessen, was Ledebour selbst feststellen mußte, daß die deutsche Arbeiterklasse heute lieber eine politische Arbeiterpartei weniger sieht als mehr.

Eine Ledebour- und eine Liebkecht-Gruppe.

Auf der heutigen Tagung kommt es zu stürmischen Auseinandersetzungen über die Ruhrfrage. Die Vertreterin Hamburgs verlangt, daß man sich einseitig gegen die Cuno-Regierung wende, die durch den plötzlichen Abbruch der Erfüllungspolitik die Ruhraktion provoziert habe. Der Ruf nach internationalen Aktionen bedeute nur ein Zurückweichen vor der eigenen Aktion im Lande. Für die deutsche Arbeiterschaft handele es sich in erster Linie um Stinnes und Cuno. Demgegenüber betont Rusch-Berlin, das französische Kapital mit Poincaré an der Spitze sei unausgesetzt bestrebt, die deutsche Wirtschaftseinheit zu zerreißen. Die Ruhrbesetzung bedeute für die Arbeiterschaft eine Erschwerung ihrer Arbeitsbedingungen und drohe ihr mit Not und Elend. (Zurufe: Das ist aber deutsch gedacht!) Da wohl, niemand kann zugeben, daß das deutsche Proletariat mit Maschinengewehren in die Gruben getrieben wird. (Große Unruhe, erregte Zwischenrufe.) Es besteht ein Unterschied zwischen dem nationalen Ruhrwut und dem Ausbäumen des Proletariats gegen diese militaristische Form des Kapitalismus. Die passive Resistenz kann nicht verworfen werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt, weil Ledebour sich mit äußerster Erregung dagegen wendet und verlangt, daß Liebkecht, der skandalöserweise von „schweren Differenzen“ gesprochen habe, seine Ansicht offen klarlege.

Der Kampf um Groß-Berlin.

Demokratische Aeußerungen.

Ähnlich wie der „Vorwärts“ mißt auch das „Tageblatt“ der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Nachprüfung der Berliner Verwaltung „eine weit über den Wortlaut des Auftrages hinausgehende Bedeutung“ bei. Das „Tageblatt“ schreibt noch eingehender Darstellung der bekannten Stellungnahme der Demokraten zu dem Auftreten des Verbürgermeisters Boeh in der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung:

„Auf diesem Wege läßt sich bei gegenseitigem guten Willen eine Verständigung finden, die im Sinne und Geiste der bürgerlichen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung liegt. Man darf auch annehmen, daß die Opposition gegen das Groß-Berliner Gesetz um so mehr verschwinden wird, je deutlicher sich durch die Praxis erweist, daß die Schaffung der Einheitsgemeinde nicht bloß eine Notwendigkeit, sondern auch ein Fortschritt für die Gesamtheit, wie für alle einzelnen Teile war.“

Sollte es gelingen, dieses wichtigste Ziel der bevorstehenden Deputationsberatungen zu erreichen, so würde damit Berlin praktisch das Groß-Berliner Gesetz selbst republizieren und man könnte im Notfall auch darauf verzichten, daß zur Klärung der Gesetzgebung gegriffen werden muß, damit die heute zweifellos noch vorhandenen Widerstände und Uebergangsschwierigkeiten Groß-Berlins überwunden werden.“

Nach dieser durchaus verständigen Haltung der Demokratischen Partei kann man erwarten, daß im Preussischen Landtag alle an einer wirklich gedeihlichen und organischen Entwicklung Groß-Berlins interessierten Kreise alle Sonderwünsche zurücklassen und die Aenderung des Groß-Berliner Gesetzes denen überlassen, die es in erster Linie angeht, der Berliner Bevölkerung selbst.

Der Diamantensonds der Sowjetrepublik. Die russische Sowjetregierung hat beschlossen, in russischer, englischer und französischer Sprache ein Album zu veröffentlichen, in welchem das Verzeichnis der Schätze der Jarenfamilie enthalten ist. Diese Schätze bilden gegenwärtig den Diamantensonds der Sowjetrepublik.

Osterreisen.

Was kaum einer vor acht Tagen vermutete, und selbst Ordnung, der Optimist, nicht als willkommener Ostererhofft hatte, ist nun doch eingetroffen: Berlin, das nach vorgestern über die oberste, zu sich gelommene Sourenkurzeit lächelte, hat sich doch noch anders besonnen. Man packt die Wanderklamotten, Reiseutensilien und Ausfächer aus den Schränken, und die Frauen nähern sich schnell ein neues Spitzen- und Dirndlkleid vom vorigen Jahre; die Fahrpläne werden gewälzt und die Wetterausflüge eifrig besprochen; man verspürt den Drang: hinaus ins Freie! Los von Berlin! „Stille, Eine, Mine! In's Irren...“ Schon gestern, am Karfreitag, machten sich die Stoßtrupps auf die Beine. Gegen Mittag drängte man sich schon vor den Schaltern, und am Abend erzählte man den Dabeingeblichen, daß im „Brunwald“ schon irren wird“ und die „Kastanienknospen schon propendia sind und jeden Tag auffpringen können!“ Das war das Signal zum allgemeinen Aufbruch! Heute morgen setzte so der Osterverkehr in unerwarteter Stärke ein. Mit Kuffern, Koffern und Paketen, in Gala, Wanderanzügen, Schwarzseidenen und Dirndlkleidern begann zu den ersten Zügen schon eine kleine Bänderwanderung. Die Sonne macht aus dem April einen Mai, der Erste aus der Papierschnecke eine kleine Blüte. Man macht ein frohes Gesicht, hängt seine Sorgen an den Nagel und denkt: Man kann auch auswärts Osterer suchen — und da noch besser wie hier, wo sie auch nicht billiger sind.

Die Eisenbahnverwaltung machte überrocht sein. Aber sie sah sich schnell und hat zahlreiche Züge eingelegt. Für den Abend erwartet man ein weiteres Anwachsen des Verkehrs, so daß diese Opfer der unterbilanzfähigen Eisenbahn Reformmaßnahmen bringen dürfte. Man hat alle Vorkehrungen getroffen, um den Verkehr zu bewältigen, und die jahresplanmäßigen Züge werden mit vermehrten Anhängern fahren. Trotzdem darf man annehmen, daß sie „gerammelt“ voll sein werden wie in allen Zeiten. Aber das hindert die meisten doch nicht, die sich nicht nur bescheiden können, sondern auch müssen, die mit einer mageren Beibe vorlieb nehmen oder, wie viele auch, nicht zu rechnen brauchen, da sie ihre „Verwandten uff'm Lande“ überfallen, besuchen und einmal von Herzen — ausplündern wollen. Die haben es ja dazu!

So wird es morgen in Berlin leer werden — Unten leiert eine Drehorgel im Hofe: „Wir sahn nach Lindenau —“, und der Himmel ist wirklich blau, und Ostern der Erstel

Auch Stadt- und Hochbahn erhöhen.

Zur Abkündigung mit den neuen Fahrpreisen der drei großen Berliner Verkehrsunternehmungen werden in Berliner Stadt- und Vorortverkehr die Fahrpreise der 1. Preisklasse für die 3. Klasse auf 200 M. und für die 2. Klasse auf 400 M. unter Zuschlag von je 50 und 100 M. für jede weitere Preisklasse heraufgesetzt. Um die Ausflüge der großstädtischen Bevölkerung gerade in den Osterferien nicht zu verteuern, ist als Zeitpunkt der Tarifserhöhung der 10. April angenommen. Die Zeitkartenpreise bleiben in der bisherigen Höhe bestehen.

Die Direktion der Hochbahngesellschaft hat beschlossen, vom Mittwoch, den 4. April, ab ihre Fahrpreise um 30 M.

zu erhöhen. Die Fahrt dritter Klasse kostet demnach bis zu fünf Stationen 200 M., für die ganze Strecke 250 M. In der zweiten Klasse werden 250 bzw. 300 M. erhoben.

Mord an einem griechischen Studenten.

Im Brunwald erschossen aufgefunden.

Der gestrige Feiertag hat den Mordbereitschaftsdienst der Berliner Kriminalpolizei vor die Auffklärung eines neuen dunklen Verbrechens gestellt. Wir erfahren darüber folgende Einzelheiten:

Zwei Knaben, die im Brunwald Reifig sammelten, fanden gegen 7 Uhr früh ungefähr 300 Meter vom Forsthaus Dachsberg in der Nähe des Großen Fenn die Leiche eines jungen Mannes, der mit dem Gesicht auf dem Waldboden in einer großen Blutlache lag. Die Knaben benachrichtigten den Förster Herrmann im nahen Dachsberg, der sich unverzüglich mit der Kriminalpolizei in Verbindung setzte. Die Mordkommission, die sich sofort an den Fundort begab, stellte fest, daß der Ermordete zwei Schüsse erhalten hat. Die erste Kugel hat ihn wahrscheinlich von hinten getroffen und den Hut durchgeschlagen. Sie ist dann etwa 5 Zentimeter vom linken Ohr entfernt in den Kopf gedrungen und am linken Auge oberhalb des Augenslides wieder herausgetreten. Den zweiten Schuß scheint der junge Mann erhalten zu haben, als er schon zusammengebrochen war. Diese Kugel ist aus allernächster Nähe abgefeuert worden. Am rechten Ohr, wo sie eingebrungen ist, sind noch deutliche Brandstellen sichtbar gewesen. Eine Pistole wurde nicht gefunden. Bei dem Toten, einem jungen Manne von 25 Jahren, wurden Papiere und Schriftstücke aus verschiedenen Namen gefunden. Welches davon der richtige des Ermordeten ist steht noch nicht bestimmt fest. Wahrscheinlich aber handelt es sich um einen Studenten der Medizin Dimitro Papadimitries aus Corinth, da mehrere Schriftstücke und auch ein deutsches Sprachbuch diesen Namen tragen. In seiner Brieftasche wurden noch 28 000 M. gefunden, außerdem mehrere hundert Mark los in der Tasche des Kodes. Auf ein Bankbuch der Commerz- und Privatbank, das jedoch auf einen anderen Namen lautete, waren 181 Dollar und 80 Schweizer Franken eingezahlt. Auch eine Nummer des Pariser Blattes „Petit Journal“ wurde in seinem Besitz gefunden. Ein Stück dieser Zeitung lag in einiger Entfernung und war von einem Manne, der dort seine Notdurft verrichtet hatte, benutzt worden. Auf die Ermittlung des Täters und alle Angaben, die zur Auffklärung des Verbrechens beitragen können, ist von dem Polizeipräsidenten eine Belohnung bis zu 100 000 M. ausgesetzt. Zweckdienliche Mitteilungen nehmen die Kriminalkommission Dr. Riemann und Dräger im Zimmer 86 des Berliner Polizeipräsidentens sowie jedes Polizeirevier entgegen.

Wir erfahren später, daß es den eifrigen Bemühungen des Bereitschaftsdienstes gelungen ist, die Persönlichkeit des Ermordeten festzustellen. Es ist der am 16. Juni 1902 zu Corinth geborene Dimitro Papadimitries, der am 20. Februar d. J. von seiner Heimat nach Berlin kam, um die deutsche Sprache und Medizin zu studieren und in der Uhlandstraße 90 in einem Pensionat, in dem auch schon andere griechische Studenten wohnten, ein möbliertes Zimmer bezog. Der Ermordete hat in Corinth noch seine Mutter und zwei Geschwister. Am Donnerstag nachmittag verabschiedete er sich um 5 Uhr von mehreren Freunden im Pensionat mit dem Bemerkten, daß er ein Rendezvous habe. Nach den weiteren Feststellungen muß der Student einer großen Summe Geldes beraubt worden sein. Denn er hat zehn Dollarnoten und etwa 100 000 M. deutsches Geld bei sich gehabt. Gefunden wurden aber bei der Leiche nur 28 000 M., von den Dollarnoten nichts mehr.

Das Urteil im Gerüstesturzprozess.

Die Verhandlung, der eine Reihe neuer Zeugen von den auf dem Gerüst am Anhalter Bahnhof beschäftigten und nicht abgestützten Maler geladen war, brachte erhebliche neue Widersprüche zwischen den einzelnen Aussagen. Die Maler erklärten zum großen Teil, daß sie nicht über das gewöhnliche Maß hinaus sich auf dem Gerüst bewegt hätten.

Nach einstündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte Altman wird wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte Adolf Tontow wird freigesprochen. Das Gericht erklärte, daß der Angeklagte Altman insofern fahrlässig gehandelt habe, als er sich um die Sicherheitsbedingungen der Eisenbahn nicht gekümmert habe. Trotz der tragischen Folgen des Unglücks, das zehn Menschenleben gekostet und zwei weitere Arbeiter schwer an der Gesundheit geschädigt habe, erscheine jedoch die anerkannte Strafe angemessen. Der Vorsitzende erklärte ferner, daß Altman wohl kaum an die Verbüßung der Gefängnisstrafe denken brauche, da ihm bei seinem hohen Alter sicherlich Bewährungsfrist erteilt werden wird. Gegen das Urteil wird seitens der Verteidigung Revision eingelegt.

Achtung, Mieter!

Unverantwortliche Mieterstreikpropaganda.

Von unverantwortlicher Seite wird in verschiedenen Stadtteilen, so u. a. im Osten Berlins wieder rege Propaganda für einen Mieterstreik entfaltet. Wir weisen erneut darauf hin, daß die Befolgung solcher Parolen im gegenwärtigen Augenblick ein Spiel mit dem Feuer ist. Wie kürzlich der vorstädtische Ausschuss für das Wohnungswesen mitteilte, sehen sich die Mieter bei Verweigerung der Zahlung der Miete aus, daß ihnen durch gerichtliches Vorgehen erhebliche Kosten entstehen und daß sie leicht in die Lage kommen können, ihre Wohnungen zu verlieren.

Die Miete des Hauswirts.

Uns wird mitgeteilt: Manche Hauswirte sehen für ihre eigene Wohnung und die der Partiers ganz niedrige Mieten ein, wodurch sie bei der Verteilung der Kosten für Gas, Wasser usw. gut wegkommen. Sie müssen die Beträge nehmen, die 1914 von der Abwicklungscommission festgesetzt sind, und dazu noch 8 Proz. für die Nebenabgaben rechnen, das ergibt die anzulebende Friedensmiete. Die 1914 abgeschätzten Beträge sind bei den Bezirksfriedensämtern, Abteilung Grundsteuer, zu erfahren, was besonders die Mieter beachten müssen. Wir können uns nicht denken, daß es in Berlin noch Häuser gibt, wo die Mietervertretung dem Wirt nicht auf die Finger sieht.

Die Mieterschutzverordnungen gelten weiter.

Der preussische Volksfahrminister hat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums auf Grund des § 5a der Mieterschutzverordnung und des § 9 der Wohnungsmangelsverordnung in Verbindung mit einem vom Reichstag angenommenen Gesetz die Geltungsdauer sämtlicher auf Grund der vorgenannten Verordnungen bisher getroffenen Anordnungen, insbesondere auch der auf einen Endtermin beschränkten bis zum 30. Juni 1923 verlängert. — Später tritt an Stelle dieser Verordnungen das Mieterschutzgesetz.

Die Osterämmer im Zoologischen Garten sind pünktlich, wie immer zur Welt gekommen. Es sind junge Kamerunschafe, Heidschmucken, edle Schweizer Saagenziegen, ferbische Schraubenziegen, afrikanische Ziegen u. a. Besonders interessant sind die Lämmer der Mustonschafe, die durch ihr glattes oder welligeres Fell schon deutlich angeben, ob sie wildes Volkblut oder Mustonsblut mit Hauschafen sind. —

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Etwas kühler, vielfach heiter, vorübergehend Bärter bewölkt mit leichten Regenschauern und frischen nördlichen bis nordwestlichen Winden.

